

Katastrophe fast ohne Folgen

AZV-Pleite zieht kaum Konsequenzen nach sich

Landkreis. Das Finanzdesaster des Abwasserzweckverbandes (AZV) Pfattertal, der wegen riskanter Spekulationsgeschäfte seines früheren Vorsitzenden Joachim Stodolka mit über 20 Millionen Euro in der Kreide steht, führt offenbar nicht zu verschärften Vorschriften seitens des Gesetzgebers. Wie die Landtagsabgeordnete der Freien Wähler, Tanja Schweiger, in Erfahrung gebracht hat, ist eine entsprechende Petition der Bürgerinitiative Transparenz beim AZV Pfattertal nun, nach über drei Jahren, von der Staatsregierung entsprechend beschieden worden.

Demnach sieht das Ministerium zwar Handlungsbedarf darin, die Aufsichtsbehörden für die Prüfung kommunaler Unternehmen besser zu qualifizieren. Die Art und Weise soll nun zusammen mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof geklärt werden. Dahingegen wird es, laut Mitteilung des Staatsministeriums des Inneren, keine neue Vorschrift über die Aufnahme von externen Fachleuten in Kontrollgremien kommunaler Unternehmen geben. Auch benötigten Wirtschaftsprüfer keine zusätzlichen Qualifikationen.

Tanja Schweiger, deren Fraktion sich im Landtag für die Petition der Bürgerinitiative starkgemacht hatte, unterstützt zwar das Vorhaben, die Aufsichtsbehörden noch besser zu qualifizieren. Beim AZV hätte dies allerdings auch nichts gebracht, weil zum einen fast 20 Jahre

lang nicht geprüft worden sei, da das Landratsamt nicht genügend Personal hatte, zum anderen die staatliche Rechnungsprüfung wegen der Rechtsform des AZV als Kapitalgesellschaft gar kein direktes Zugriffsrecht gehabt hätte.

Schweiger kritisiert, dass die Staatsregierung, die Ende der 90-er Jahre die Gründung von Kommunalunternehmen ausdrücklich empfohlen habe, auch in der Pflicht gewesen wäre, für eine entsprechende Kontrolle dieser Gesellschaften zu sorgen. Stattdessen habe sie das Zugriffsrecht der Rechnungsprüfung für Kommunalunternehmen in privater Rechtsform stark eingeschränkt. Das sehe auch der Kommunale Prüfungsverband so. „Es ist verfassungsrechtlich bedenklich, dass Kommunalunternehmen mit unbeschränkter Haftung der Kommune von der Rechnungsprüfung durch kommunale Prüfungsorgane ausgenommen sind“, zitiert die Abgeordnete den Verband.

Für die angehörigen Gemeinden des AZV sei dessen Pleite eine „finanzielle Katastrophe“, die sich noch viele Jahre hinziehen werde, sagt Schweiger. Es sei schlimm, dass es keine Kontrollmechanismen gab und die Menschen nun alleine gelassen würden. Dass man allerdings aus Fehlern nicht lernen wolle und fast alles beim Alten belasse, sei für sie nicht nachvollziehbar. „Ich werde das Ministerium noch einmal zu einer detaillierten Stellungnahme auffordern“, kündigt die Abgeordnete an. -mox-